

Testatsexemplar

**Jahresabschluss zum
31. März 2025 und Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom
1. April 2024 bis zum 31. März 2025**

**ALSTOM Transport Deutschland GmbH
Salzgitter**

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

- I. Bilanz zum 31. März 2025
- II. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. April 2024 bis zum 31. März 2025
- III. Anhang für das Geschäftsjahr vom
1. April 2024 bis zum 31. März 2025
- IV. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024/25

Allgemeine Auftragsbedingungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ALSTOM Transport Deutschland GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ALSTOM Transport Deutschland GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. März 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen:

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und

Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, 31. Oktober 2025

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

DocuSigned by:
Joachim Dannenbaum
CEF97FFA39A94A8...
Dr. Joachim Dannenbaum
Wirtschaftsprüfer

Signiert von:
Philipp Fischer
14E0DDC6282C42B...
Philipp Fischer
Wirtschaftsprüfer



Bilanz zum 31. März 2025 der
ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter

Aktiva

	31.03.2025	Vorjahr
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	218.737,35	283.190,73
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	34.826.095,08	35.631.539,68
2. Technische Anlagen und Maschinen	16.591.882,09	16.859.906,59
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.066.385,24	12.968.750,54
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.445.740,57	8.391.104,89
	<u>74.930.102,98</u>	<u>73.851.301,70</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.205.790.206,66	1.514.712.264,79
2. Beteiligungen	0,50	0,50
3. Sonstige Ausleihungen	4.042,45	3.833,45
	<u>1.205.794.249,61</u>	<u>1.514.716.098,74</u>
	1.280.943.089,94	1.588.850.591,17
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	123.945.883,56	81.130.338,88
2. Unfertige Erzeugnisse und Leistungen	1.111.646.548,26	760.531.134,36
3. Waren	27.448.837,55	21.826.626,02
4. Geleistete Anzahlungen	13.613.813,84	984.872,98
5. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-1.276.655.083,21	-864.472.972,24
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.620.137,68	42.571.808,35
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	759.910.260,83	138.678.844,70
3. Sonstige Vermögensgegenstände	6.621.049,41	2.612.043,74
	<u>790.151.447,92</u>	<u>183.862.696,79</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6.737,71	168.129,64
	790.158.185,63	184.030.826,43
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	954.000,00	1.442.857,50
	<u>2.072.055.275,57</u>	<u>1.774.324.275,10</u>

Passiva

	31.03.2025	Vorjahr
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	22.000.000,00	22.000.000,00
II. Kapitalrücklage	918.065.000,00	918.065.000,00
III. Bilanzverlust	-741.004.411,25	-440.432.133,81
	<u>199.060.588,75</u>	<u>499.632.866,19</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	121.546.000,00	128.775.000,00
2. Steuerrückstellungen	739.000,00	550.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	180.749.424,04	153.442.058,02
	<u>303.034.424,04</u>	<u>282.767.058,02</u>
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.254.839.288,53	638.740.899,44
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	40.762.070,56	27.323.118,36
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	195.866.811,23	261.444.886,16
4. Sonstige Verbindlichkeiten	78.492.092,46	64.415.446,93
	<u>1.569.960.262,78</u>	<u>991.924.350,89</u>
	<u>2.072.055.275,57</u>	<u>1.774.324.275,10</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 der
ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter
(im Vergleich zur Vorjahresperiode)

	01.04.2024 - 31.03.2025	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	431.178.683,46	499.694.065,03
2. Bestandsveränderungen der fertigen und unfertigen Erzeugnisse	351.115.413,90	164.935.755,31
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	477.439,74	186.774,22
4. Gesamtleistung	782.771.537,10	664.816.594,56
5. Sonstige betriebliche Erträge	75.038.216,90	39.256.729,86
- davon Erträge aus der Währungsumrechnung: EUR 41.766.679,49 (Vorjahr: EUR 16.580.543,47)		
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-245.858.149,97	-219.807.649,04
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-295.826.868,57	-254.365.442,40
	-541.685.018,54	-474.173.091,44
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-155.576.298,21	-154.964.816,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung u. für Unterstützung	-31.294.541,25	-28.267.309,92
- davon für Altersversorgung: EUR 487.193,90 (Vorjahr: EUR 1.440.691,64)		
	-186.870.839,46	-183.232.126,50
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-7.529.981,53	-6.804.216,46
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-163.117.966,99	-143.283.932,71
- davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung: EUR 2.653.695,25 (Vorjahr: EUR 5.497.942,55)		
10. Erträge aus der Gewinnabführung	81.696.045,25	2.946.040,01
11. Erträge aus Beteiligungen	19.000,00	16.000,00
12. Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens	209,00	274,00
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.494.587,43	11.097.782,67
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 4.185.221,66 (Vorjahr: EUR 6.148.758,44)		
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17.814.087,27	-100.817.125,14
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 13.466.026,03 (Vorjahr: EUR 99.972.086,02)		
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-18.452.103,86	-82.292.801,62
16. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Anlagevermögens	-308.922.058,13	0,00
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-190.493,37	388.050,72
18. Ergebnis nach Steuern	-300.562.953,47	-272.081.822,05
19. Sonstige Steuern	-9.323,97	-6.652,18
20. Jahresfehlbetrag	-300.572.277,44	-272.088.474,23
21. Verlustvortrag	-440.432.133,81	-168.343.659,58
22. Bilanzverlust	-741.004.411,25	-440.432.133,81

ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter
Amtsgericht Braunschweig, HRB 204464
Anhang für das
Geschäftsjahr
vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025

(1) Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 3 HGB. Der Vergleichszeitraum ist das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt. Die Angaben im Anhang erfolgen, soweit nicht anders angegeben, in TEUR.

Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewendeten Gliederungsgrundsätze nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches und unter Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, Währungsumrechnung

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden. Die Herstellungskosten enthalten Material- und Fertigungseinzelkosten sowie angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Fremdkapitalzinsen, die im Herstellungszeitraum auf deren Finanzierung entfallen, sind nicht angesetzt worden. Die Abschreibungszeiträume entsprechen den voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern.

Hinsichtlich der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern wird auf folgende Tabelle je Anlagenklasse verwiesen

Grundstücke und Bauten	7 bis 40 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	3 bis 25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 bis 10 Jahre

Immaterielle Vermögensgegenstände werden linear über die Dauer der erwartbaren Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Abschreibungen wurden bis zum 31.12.2010 bei Zugängen des beweglichen Anlagevermögens, sofern zulässig, nach der degressiven Abschreibungsmethode vorgenommen. Sofern die gleichmäßige Verteilung der Restbuchwerte auf die restliche Nutzungsdauer höhere Abschreibungswerte ergibt, erfolgt ein Übergang auf die lineare Methode. Seit dem 01.01.2011 erfolgt die Abschreibung bei Zugängen des beweglichen Anlagevermögens nach der linearen Abschreibungsmethode.

Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zu EUR 1.500,00 werden als Aufwand erfasst.

Die im Geschäftsjahr dauernd dem Geschäftsbetrieb dienenden Vorrichtungen für Standardprodukte wurden zu Herstellungskosten aktiviert und anteilig je Auftrag, d.h. leistungsbezogen, abgeschrieben.

Finanzanlagen

Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung angesetzt. Ausleihungen sind zu Nennwerten bzw. - soweit unverzinslich oder niedrig verzinslich - mit ihren Barwerten angesetzt.

Umlaufvermögen

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu Einstandspreisen nach dem Durchschnittswertverfahren unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Bei einem wesentlichen Teil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wird die Bewertung des Bestandes mittels einer bedarfsorientierten Abwertungsmethode angepasst.

Die unfertigen Erzeugnisse und Leistungen wurden unter Beachtung des Grundsatzes der verlustfreien Bewertung zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. mit den niedrigeren, ihnen am Abschlussstichtag beizulegenden Werten angesetzt. Die Herstellungskosten enthalten neben Fertigungs- und Materialeinzelkosten angemessene Teile notwendiger Gemeinkosten einschließlich Abschreibungen sowie Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebes, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung. Waren werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Zinsen für Fremdkapital werden ebenfalls in die Herstellungskosten einbezogen, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen.

Auftragsrisiken werden, soweit möglich, aktivisch von den angearbeiteten Aufträgen abgesetzt. Sofern eine aktivische Kürzung nicht möglich ist, werden die Risiken als Rückstellungen ausgewiesen.

Geleistete Anzahlungen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit der Vermögenslage wird von dem Wahlrecht nach § 268 Abs. 5, Satz 2 HGB Gebrauch gemacht, erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen offen von den Vorräten abzusetzen. Der übersteigende Betrag der Anzahlungen wird auf der Passivseite ausgewiesen.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - sie sind zu Nominalwerten bilanziert - wurde das allgemeine Ausfallrisiko durch eine pauschale Wertberichtigung berücksichtigt. Der pauschale Wertberichtigungssatz beträgt dabei, unverändert gegenüber dem Vorjahr, 0,5 Prozent.

Für erkennbare Ausfallrisiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Dabei wird jeweils eine Einzelfallbetrachtung der gesamten Forderungen durchgeführt und das jeweilige geschätzte Ausfallrisiko wertberichtigt.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, die sonstigen Vermögensgegenstände, die flüssigen Mittel sowie die Rechnungsabgrenzungen sind zum Nominalwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.

Bei der Bewertung von Rückstellungen werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und Verpflichtungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Preis- und Kostensteigerungen orientieren sich an der aktuellen Teuerungsrate und wurden über die jeweilige Laufzeit der Rückstellung entsprechend berücksichtigt. Im Zinsergebnis werden die auf das Geschäftsjahr entfallenden Zinsanteile aus der Aufzinsung von Rückstellungen sowie Erträge und Aufwendungen aufgrund Änderungen des Rechnungszinses ausgewiesen.

Nach Maßgabe der Vereinfachungsregel des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde eine pauschale Restlaufzeit der Pensions- und Jubiläumsverpflichtungen von 15 Jahren

unterstellt. Die unterstellte Restlaufzeit zur Bemessung der Altersteilzeitrückstellung beträgt durchschnittlich 3 Jahre.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte auf der Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung des zulässigen Pauschalverfahrens und zum Inventurstichtag 31.12.2024 mit 1,83 % bestimmt (durchschnittlicher Marktzins der vergangenen zehn Jahre), der Vergleichszinssatz aus dem Durchschnitt der vergangenen sieben Jahre mit 2,01 %. Die rechnerisch angesetzten langfristig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen betragen 2,90 % p.a. Ein Karrieretrend wird dabei als prozentualer Zuschlag berücksichtigt. Die langfristige Rentendynamik wurde mit 1,90 % p.a. und die biometrischen Annahmen mit den Richttafeln „2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck angesetzt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen erfolgte auf der Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung des zulässigen Pauschalverfahrens und zum Inventurstichtag 31.12.2024 mit 2,01 % bestimmt. Die rechnerisch angesetzten langfristig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen betragen 2,90 % p.a. Die biometrischen Annahmen wurden mit den Richttafeln „2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck angesetzt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte auf der Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen pauschalen Restlaufzeit von drei Jahren zum Inventurstichtag 31.12.2024 mit 1,58 % bestimmt. Die rechnerisch angesetzten langfristig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen betragen 2,90 % p.a. Die biometrischen Annahmen wurden mit den Richttafeln „2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck angesetzt.

Unter den Rückstellungen für Pensionen werden erworbene Spezialfondsanteile, die von der Allianz Treuhand GmbH, Stuttgart, verwaltet werden, mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Die der Allianz Treuhand

GmbH übertragenen liquiden Mittel stehen im juristischen Eigentum des Treuhänders. Im Falle der Insolvenz der Gesellschaft besteht keine Zugriffsmöglichkeit der Gesellschaft auf diese Mittel.

Das Deckungsvermögen ist mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert entspricht dabei grundsätzlich dem Marktpreis (§ 255 Abs. 4 HGB). Die sich im Rahmen der Zeitwertbewertung ergebenden Wertunterschiede werden ergebniswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Währungsumrechnung

Kursgesicherte Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem Sicherungskurs bewertet. Verbindlichkeiten, die nicht kursgesichert sind, sind mit dem amtlichen Devisenkassamittelkurs am Abschlusstichtag bewertet.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung wurden zum jeweiligen Tageskurs eingebucht. Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, wurden mit dem Euroreferenzkurs am Bilanzstichtag bewertet (§ 256a HGB). Beträgt die Restlaufzeit mehr als ein Jahr, wurden (nur) eventuelle Kursverluste am Bilanzstichtag berücksichtigt.

Gewinne und Verluste aus der Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften werden erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auf die bestehenden körperschaft- und gewerbsteuerlichen Verlustvorträge sowie auf steuerliche Zinsvorträge im Sinne des § 4h EStG i.V.m. § 8a KStG gebildet. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen. Im Falle eines Aktivüberhangs der latenten Steuern zum Bilanzstichtag wird von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Temporäre Differenzen ergeben sich dabei im Wesentlichen aus den steuerlichen Verlustvorträgen sowie bei den Rückstellungen.

Nach der formalen Betrachtungsweise ist alleinige Steuerschuldnerin die Gesellschaft als Organträgerin, d.h. auch tatsächliche und latente Steuern der Organgesellschaften sind vollständig in dem Jahresabschluss der Organträgerin auszuweisen, da sie alleine die Besteuerungsfolgen treffen. Dementsprechend werden die temporären Differenzen der Organgesellschaften im Abschluss der Gesellschaft erfasst.

Erläuterungen zur Bilanz**(3) Anlagevermögen**

Es wird auf die gesonderte Anlage zum Anhang zur Entwicklung des Anlagevermögens verwiesen.

(4) Immaterielle Vermögensgegenstände

Es handelt sich ausschließlich um EDV-Software.

(5) Sachanlagen

Die Investitionen in Sachanlagen zuzüglich der geleisteten Anzahlungen und Anlagen in Bau beliefen sich für das Geschäftsjahr 2024/25 auf TEUR 9.2 (Vorjahr TEUR 9.3), die vollständig aus vorhandenen Mitteln finanziert wurden.

Im Geschäftsjahr sind insbesondere Zugänge im Bereich Anlagen im Bau erfolgt, hierbei vor allem Investitionen in die Infrastruktur in Salzgitter und den Grundstückskauf in Düsseldorf, sowie eine Fräsmaschine und eine Hebebockanlage.

Im Bereich der technischen Anlagen und Maschinen betreffen die Investitionen im Wesentlichen einen Einträgerlaufkran.

Bei den Investitionen in dem Bereich andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich im Wesentlichen um einen Dacharbeitsstand und ein Prüfgerät.

(6) Anteile an verbundenen Unternehmen

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich zum Bilanzstichtag um folgende Beteiligungen (Jahresergebnis vor Ergebnisabführung):

Gesellschaft	Anteil	Stammkapital TEUR	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin	89,9%	16.582	2.245.637	74.393
ALSTOM Drives GmbH, Berlin	100,0%	2.627	13.095	7.303
ALSTOM Signal GmbH, Braunschweig	100,0%	500	29.585	-7.215
ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal	100,0%	500	17.551	-11.237
VGT Vorbereitungsgesell- schaft Transporttechnik mbH, Salzgitter	100,0%	26	26	0
ALSTOM Bahntechnologie Holding Germany GmbH, Berlin ¹	100,0%	51.133	-3.599	-203

(7) Sonstige Ausleihungen

Hierbei handelt es sich um Wohnungsbaudarlehen in Höhe von TEUR 4.

¹ Zahlen der ALSTOM Bahntechnologie Holding GmbH, Berlin, entstammen dem Jahresabschluss zum 31.03.2024, da der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr noch nicht aufgestellt war.

(8) Vorräte

	<u>31.03.2025</u> <u>TEUR</u>	<u>31.03.2024</u> <u>TEUR</u>
Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	123.946	81.130
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.111.646	760.531
Waren	27.449	21.827
Geleistete Anzahlungen	13.614	985
Offen abgesetzte erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	<u>-1.276.655</u>	<u>-864.473</u>
	<u><u>0</u></u>	<u><u>0</u></u>

(9) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	<u>31.03.2025</u> <u>TEUR</u>	<u>31.03.2024</u> <u>TEUR</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.620	42.572
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	759.910	138.679
davon aus Lieferungen und Leistungen	366.461	16.500
davon aus Finanzverkehr	393.449	122.179

Sonstige Vermögensgegenstände	6.621	2.612
	<u>790.151</u>	<u>183.863</u>

Es besteht, unverändert zum Vorjahr, ein Cash-Pooling mit der ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich.

Die daraus resultierenden Forderungen gegen die ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich, sind nicht besichert. Die finanzielle Stabilität des ALSTOM Konzerns bietet jedoch eine angemessene Sicherheit für Gelder, die im Rahmen dieser Vereinbarungen an den Konzern ausgeliehen wurden. Die Gesellschaft ist deshalb von der Werthaltigkeit dieser Forderungen in vollem Umfang überzeugt.

Wie im Vorjahr hatten alle Forderungen zum 31.03.2025 eine Restlaufzeit von ausschließlich bis zu einem Jahr.

(10) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Bis auf einen Betrag von TEUR 7 (Vorjahr: TEUR 168), die nicht aus dem Cash-Pooling resultieren und unter dem Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen sind, sind gem. in Abschnitt (9) aufgeführter Darstellung die kurzfristigen Bankbestände an das Treasury Center, das von der ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich, geführt wird, übertragen.

Durch diese Übertragungen werden Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Das Guthaben bei Kreditinstituten beträgt somit TEUR 7 (Vorjahr: TEUR 168).

(11) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt EUR 22.000.000,00 und wird zu 100 % von der ALSTOM HOLDINGS S.A., Saint Ouen, Frankreich, gehalten.

(12) Jahresergebnis

Für den Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen nach Ziffer 14 besteht eine Ausschüttungssperre.

(13) Pensionsrückstellungen

Der Zeitwert der Anteile vom Deckungsvermögen (Spezialfonds) beträgt zum 31. März 2025 TEUR 77.543 und lag somit über den historischen Anschaffungskosten von TEUR 65.034. Darüber hinaus bestehen noch Deckungsvermögen aus Rückdeckungsversicherungen und anderen Anlageformen mit einem Zeitwert in Höhe von TEUR 6.345. Da der Zeitwert über den historischen Anschaffungskosten liegt, unterliegt der Differenzbetrag einer Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB.

Der Erfüllungsbetrag der Pensionsrückstellung zum 31. März 2025 vor Verrechnung mit dem Deckungsvermögen beträgt TEUR 205.433.

Die Gesellschaft macht von dem Wahlrecht des Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch und verteilt den Aufwand aus der Umstellung (TEUR 30.234) linear über einen Zeitraum von 15 Jahren. Im Geschäftsjahr 2024/2025 wurden hierfür TEUR 2.016 als außerordentlicher Aufwand unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Zum Abschlussstichtag beläuft sich die Unterdeckung der Pensionsrückstellungen auf TEUR 2.016.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn

Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB entspricht TEUR 1.700.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellung sowie der Effekt aus der Zinssatzänderung von insgesamt TEUR 1.112 wurden mit dem Verlust aus dem Deckungsvermögen in Höhe von TEUR 836 addiert.

(14) **Übrige Rückstellungen**

Die übrigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>31.03.2025</u>	<u>31.03.2024</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Steuerrückstellungen	739	550
Sonstige Rückstellungen	180.749	153.442
	<u>181.488</u>	<u>153.992</u>

Die sonstigen Rückstellungen wurden insbesondere zur Deckung von Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von TEUR 16.173 (Vorjahr: TEUR 22.707), für Auffanggesellschaften in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 352), für Altersteilzeit in Höhe von TEUR 3.586 (Vorjahr: TEUR 2.188), für Restrukturierungsmaßnahmen TEUR 5.370 (Vorjahr: TEUR 8.323) und andere ungewisse Verbindlichkeiten TEUR 23.271 (Vorjahr: TEUR 21.328) gebildet. Weiterhin ist eine Rückstellung für ausstehende Liefer- und Leistungsrechnungen in Höhe von TEUR 58.656 (Vorjahr: TEUR 38.909) und eine Rückstellung für nachlaufende Kosten in Höhe von TEUR 51.913 (Vorjahr: TEUR 44.386) enthalten. Zum 31.03.25 sind Rückstellungen zum Drohverlust über TEUR 2.400 (Vorjahr: TEUR 0) vorhanden.

(15) Verbindlichkeiten

	<u>31.03.2025</u> <u>TEUR</u>	<u>Restlauf-</u> <u>zeit bis zu</u> <u>1 Jahr</u> <u>TEUR</u>	<u>Restlauf</u> <u>-zeit 1</u> <u>bis 5</u> <u>Jahre</u> <u>TEUR</u>	<u>Restlauf-</u> <u>zeit mehr</u> <u>als 5</u> <u>Jahre</u> <u>TEUR</u>	<u>31.03.2024</u> <u>TEUR</u>
Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	1.254.839	1.254.839	0	0	638.741
davon von verbundenen Unternehmen	88.978	88.978	0	0	88.978
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	40.762	40.762	0	0	27.323
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	195.867	195.867	0	0	261.445
davon aus Lieferungen und Leistungen	177.272	177.272	0	0	174.011
davon gegenüber Gesellschaftern					5.078
davon aus Finanzverkehr	0	0	0	0	87.434
	18.595	18.595	0	0	
Sonstige Verbindlichkeiten	78.492	78.492	0	0	64.415
davon aus Steuern	78.021	78.021	0	0	27.776
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	1.569.960	1.569.960	0	0	991.924

Bei den entgegengenommenen Warenlieferungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte.

Die Verbindlichkeiten zum 31.03.2025 hatten, wie im Vorjahr, ausschließlich Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

(16) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Als Partner verschiedener Lieferkonsortien haftet die Gesellschaft für deren Vertragserfüllung gesamtschuldnerisch.

Aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen bestehen für die Folgejahre Gesamtverpflichtungen in Höhe von TEUR 55.793 (Vorjahr: TEUR 46.878). Hierbei entfallen TEUR 115 (Vorjahr: TEUR 312) auf ein verbundenes Unternehmen. Durch die Miete bzw. das Leasing ergibt sich der Vorteil des im Vergleich zur Investition späteren Zahlungsmittelabflusses.

Die Gesellschaft haftet einzelschuldnerisch für alle vertraglichen Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit dem Abschluss von Avalen. Der Gesamtbestand der eingegangenen Avalverpflichtungen per 31. März 2025 beträgt gegenüber Banken und Versicherungen TEUR 3.728.025 (Vorjahr: TEUR 2.159.912) sowie gegenüber Konzerngesellschaften TEUR 627.457 (Vorjahr: TEUR 1.036.712). Darüber hinaus haben Konzerngesellschaften per 31. März 2025 unsere Bürgschaftslinien gegenüber Banken und Versicherungen durch Ausstellung von Konzernbürgschaften mit einer maximalen Höhe von TEUR 738.500 (Vorjahr: TEUR 683.500) abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestanden außerdem Einkaufsverpflichtungen im geschäftsüblichen Umfang.

Das Risiko einer Inanspruchnahme wird jeweils als gering eingeschätzt.

Im Wesentlichen beruht diese Einschätzung vor allem auf Erkenntnissen vergangener Geschäftsjahre.

(17) Derivative Finanzinstrumente

Zwecks Risikobegrenzung sichert die Gesellschaft grundsätzlich wesentliche Währungsrisiken resultierend aus Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen mittels Devisentermingeschäften ab. Die zukünftigen Fremdwährungs-

transaktionen und die Devisentermingeschäfte bilden jeweils eine Bewertungseinheit (Micro-Hedge).

Zur Abbildung der sich im Rahmen einer Bewertungseinheit ergebenden gegenläufigen Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet.

Mit dem Abschluss von 255 Devisentermingeschäften über TEUR 704.638 mit einer Laufzeit bis zum 21.11.2029 sichert sich die Gesellschaft gegen Währungsrisiken ab. Gesichert wurden Käufe in Höhe von TSEK 1.932, TPLN 520.035, TCNH 70.076, TGBP 12, TINR 95.630, TRON 134, sowie von TCHF 16.843. Diesen Absicherungsgeschäften stehen zukünftige Fremdwährungstransaktionen gegenüber, deren Eintritt aufgrund von Erfahrungswerten eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweist. Diese Transaktionen sind in ihrer Höhe vollständig durch die Micro-Hedges abgesichert. Die Devisentermingeschäfte werden über die ALSTOM Holdings abgewickelt.

Der positive Marktwert der Devisentermingeschäfte beträgt TEUR 47.560, der negative Marktwert beträgt TEUR 7.288. Die beizulegenden Zeitwerte entsprechen generell den Marktwerten der Derivate zum Abschlussstichtag, soweit diese verlässlich ermittelbar sind. Liegt kein verlässlich ermittelbarer Marktwert vor, wird der beizulegende Zeitwert aus dem Marktwert gleichartiger derivativer Finanzinstrumente abgeleitet oder mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Hierzu zählen z.B. die Discounted-Cash-Flow-Methode (Barwertverfahren). Dabei stellen die verwendeten marktgerechten Zinsstrukturkurven und Wechselkurse die wichtigsten Einflussgrößen für die Modelle dar.

An der Absicherung wird bis zum Eingang der Debitorenzahlungen, dem Ausgang der Kreditorenzahlung und der Bedienung des offenen Geschäftes festgehalten.

Da in den vorliegenden Fällen alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem jeweils abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments übereinstimmen, wird davon ausgegangen, dass sich die

gegenläufigen Zahlungsströme künftig in voller Höhe ausgleichen. Für die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit der Bewertungseinheiten sowie für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird daher die sogenannte „critical term match-Methode“ verwandt (Vergleich der wertbestimmenden Parameter).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(18) Umsatzerlöse

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Aufgliederung nach Produktionsbereichen:</u>		
Triebzüge	229.880	310.753
Service	75.918	50.815
Güterwagen und Güterwagenreparatur	24.344	21.023
Drehgestelle	8.360	10.170
Ersatzteile	20.168	18.691
Sonstige Bereiche	72.509	88.242
	<u>431.179</u>	<u>499.694</u>
<u>Aufgliederung nach Regionen:</u>		
Inland	366.313	423.654
Ausland	64.866	76.040
	<u>431.179</u>	<u>499.694</u>

(19) Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Unfertige Erzeugnisse	351.116	164.936
Andere aktivierte Eigenleistungen	477	187
	<u>351.593</u>	<u>165.123</u>

Die Bestandsveränderung in Höhe von TEUR 351.116 entspricht der Veränderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen zwischen dem Abschlussstichtag (TEUR 1.111.647) und dem Schlussbilanzwert des Vorjahres in Höhe von (TEUR 760.531).

(20) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, sonstige Erträge von Dritten sowie Erträge aus der Währungsumrechnung.

Anbei eine Übersicht der Entwicklung der Einzelposten nach Ertragsarten:

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.868	355
Erträge Dritte	9.210	2.027
Währungsumrechnung	41.766	16.581
Weiterberechnung Konzern	30	304
Konzernerträge	15.039	0

Anlage III

Projektrückstellungen	6.534	18.957
Periodenfremde Erträge	31	780
Schadensersatz	304	62
Sonstige Erträge	256	191
	<u>75.038</u>	<u>39.257</u>

(21) Materialaufwand

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	245.858	219.808
Aufwendungen für bezogene Leistungen	295.827	254.365
	<u>541.685</u>	<u>474.173</u>

(22) Personalaufwand

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Löhne und Gehälter	155.576	154.965
Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Alters- versorgung und Unterstützung (davon für Altersversorgung)	31.295 (-487)	28.267 (-1.441)
	<u>186.871</u>	<u>183.232</u>

Im Durchschnitt wurden beschäftigt:

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Gewerbliche Arbeitnehmer	621	644
Angestellte	1.499	1.437
Langzeitkranke, Altersteilzeitler in der Ruhephase, an Dritte ausgeliehene Mitarbeiter	79	94
	<u>2.199</u>	<u>2.175</u>

Zusätzlich beschäftigte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 107 Auszubildende und Praktikanten (Vorjahr: 99).

(23) Abschreibungen

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>7.530</u>	<u>6.804</u>

(24) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind diverse Kostenarten enthalten.

Anbei eine Übersicht der Entwicklung der Einzelposten:

	2024/25	2023/24
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Konzernabgaben	47.101	42.765
Instandhaltung/FacilityManagement	10.725	10.052
Miete/Leasing	20.108	19.465
Logistikdienstleistungen	8.383	7.279
Projektrückstellungen	9.926	504
Rechts- und Beratungskosten	557	1.188
Versicherungen	3.949	5.372
Reisekosten	3.720	3.131
Außergewöhnliche Aufwendungen	2.016	2.016
Aval- und andere Bankkosten	7.445	5.106
Währungsumrechnung	2.654	5.498
Ausgangsfrachten	2.881	3.774
Fortbildungskosten	546	876
Beiträge	667	888
Körperschutzausrüstungen	2.883	6.041
Arbeitsmedizin	71	774
Kommunikationskosten	177	863
Vertragsstrafen	18.548	14.391
Übrige sbA	20.761	13.302
	<u>163.118</u>	<u>143.284</u>

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden auf Grund der Anwendung des § 67 Absatz 1 und 2 EGHGB TEUR 2.016 (Vorjahr: TEUR 2.016) als außergewöhnliche Aufwendungen ausgewiesen, die im Rahmen der Bewertung der Pensionsrückstellungen angefallen sind.

(25) Erträge aus der Gewinnabführung

Basierend auf dem am 22. März 2023 geschlossenen Gewinnabführungsvertrag, haben die Tochtergesellschaften ALSTOM Transportation Germany GmbH ihren Gewinn i.H.v. TEUR 74.393 sowie die ALSTOM Drives GmbH ihren Gewinn i. H.v. TEUR

7.303 für das Geschäftsjahr 2024/25 an unsere Gesellschaft abgeführt.

(26) Erträge Beteiligungen, Ausleihungen und Finanzergebnis

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus Beteiligungen	19	16
Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens ²	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.495	11.098
davon aus verbundenen Unternehmen	(4.185)	(6.148)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17.814	-100.817
davon an verbundene Unternehmen	(-13.466)	(-99.972)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-308.922	0
	-322.222	-89.703

In den Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind im Geschäftsjahr die positiven Effekte aus den Zinsänderungen bei den Personalrückstellungen in Höhe von TEUR 4.940 enthalten. Im Vorjahr ist das Zinsänderungsergebnis unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 8.232 ausgewiesen.

² Die Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens liegen in beiden Jahren unter TEUR 1.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen resultieren aus den Abschreibungen der Beteiligungswerte der ALSTOM Transportation GmbH, ALSTOM Lokomotiven Service GmbH sowie ALSTOM Drives GmbH.

(27) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	190	-388

(28) Aufwendungen aus der Verlustübernahme

Der am 10. Juni 2013 zwischen der ehemaligen ALSTOM GmbH, jetzt ALSTOM Transport Deutschland GmbH, und der Tochtergesellschaft ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal, geschlossene Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht unverändert fort.

Darüber hinaus hat die ALSTOM Transport Deutschland GmbH am 22. März 2023 jeweils mit ihren Tochtergesellschaften ALSTOM Transportation Germany GmbH, ALSTOM Signal GmbH und ALSTOM Drives GmbH einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Verluste wurden im Geschäftsjahr für die ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, i.H.v. TEUR 11.237, und die ALSTOM Signal GmbH, i.H.v. TEUR 7.215, übernommen.

(29) Sonstige Steuern

	<u>2024/25</u>	<u>2023/24</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Sonstige Steuern	9	7

Sonstige Angaben**(30) Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung**

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 44 (Vj. TEUR 70).

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen TEUR 393 (Vj. TEUR 732). Kreditvergaben bzw. Vorschusszahlungen an Mitglieder von Geschäftsführung oder Aufsichtsrat wurden nicht gewährt. Für Mitglieder der Geschäftsführung beträgt die Höhe der Pensionsrückstellungen TEUR 180 (Vj. TEUR 148).

Die Bezüge von ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung betragen TEUR 752 (Vj. TEUR 742). Die Höhe der Pensionsrückstellungen für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung belief sich zum Ende des Geschäftsjahres auf TEUR 8.597 (Vj TEUR 9.163).

(31) Abschlussprüferhonorar

Die Angaben gemäß § 285 Nr. 17 HGB unterbleiben, da das Gesamthonorar des Abschlussprüfers im Konzernabschluss der ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich, offengelegt wird.

(32) Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung**Aufsichtsrat**

Prof. Dr. Rüdiger Grube (zugleich Vorsitzender) seit dem 31.03.2025
(Geschäftsführer)

Tim Dawidowsky seit dem 06.11.2024
(Präsident Region CNE | Wirtschaftsingenieur)

Müslüm Yakisan (zugleich Vorsitzender) bis zum 31.10.2024
(Präsident Region DACH | Ingenieur)

Jörg Friederich Bischof seit dem 25.04.2024
(VP Finance Dach | Ingenieur/Wirtschaftsingenieur)

Pierre Fleury bis zum 31.03.2025
(Chef Technical Officer | Ingenieur)

Laura Phoenix
(Senior Legal Counsel | Rechtsanwältin)

Annie Saillard bis zum 15.08.2024
(VP DIS OPERATIONS | Ingenieurin)

Dr. Frédérique Kalb seit dem 29.08.2024
(Ingenieurin)

Carsten Carl
(VP Legal DACH | Rechtsanwalt)

Marion Koslowski-Kuzu
(Kassiererin und Geschäftsführerin der IG Metall Geschäftsstelle)

Stefan Lürer (zugleich stellv. Vorsitzender)
(Freigestellter Betriebsrat)

René Straube
(Freigestellter Betriebsrat)

Michael Pettkus
(Freigestellter Betriebsrat)

Uwe Weiss
(Ingenieur)

Jochen Homburg
(Gewerkschaftssekretär)

Geschäftsführung

Marco Michel, Nürnberg (Geschäftsführer, VP PL RSC Mainline)
seit 03.06.2025

Dr. Christian Bieniek, Hannover (Geschäftsführer, Site MD) (bis
31.05.2025)

Hauke Werner, Einbeck (Geschäftsführer, Region Operations
Finance)

Peter Offtermatt, Bietigheim-Bissingen (Geschäftsführer, Arbeits-
direktor, Vice President Human Resources)

(33) Konzernzugehörigkeit

Das Mutterunternehmen, welches den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufstellt, in den der Jahresabschluss der ALSTOM Transport Deutschland GmbH einbezogen ist, ist die ALSTOM S.A., Saint-Ouen/Frankreich. Von der ALSTOM S.A., Saint-Ouen-sur-Seine, Paris/Frankreich, wird ein Konzernabschluss auf der Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, in den die Gesellschaft für den kleinsten und größten Kreis einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird entsprechend in englischer Sprache im Unternehmensregister offengelegt.

Die Gesellschaft stellt deshalb unter Berufung auf die Befreiungsvorschrift des § 291 Abs. 1 Satz 1 HGB zulässigerweise keinen Teilkonzernabschluss auf.

(34) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

(35) Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, dass Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Salzgitter, den 30. Oktober 2025

Marco Michel

Peter Offtermatt

Hauke Werner

Entwicklung des Anlagevermögens der ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter
nach HGB per 31.03.2025
(Werte in EUR)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 01.04.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.03.2025	Stand am 01.04.2024	Zuschreibungen des Geschäfts- jahres	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Abgänge	Stand am 31.03.2025	Stand am 31.03.2025	Stand am 01.04.2024
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	3.151.907,73	0,00	149.128,88	25.000,00	3.027.778,85	2.868.717,00	0,00	75.520,04	135.195,54	2.809.041,50	218.737,35	283.190,73
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	56.775.437,85	272.906,82	689.842,34	2.294.343,01	58.652.845,34	21.143.898,17	0,00	2.725.951,31	43.099,22	23.826.750,26	34.826.095,08	35.631.539,68
2. Technische Anlagen und Maschinen	71.014.328,60	500.032,90	3.174.778,43	1.266.087,07	69.605.670,14	54.154.422,01	0,00	2.031.156,60	3.171.790,56	53.013.788,05	16.591.882,09	16.859.906,59
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.384.191,66	772.435,32	2.319.577,06	4.037.196,12	66.874.246,04	51.415.441,12	0,00	2.697.353,58	2.304.933,90	51.807.860,80	15.066.385,24	12.968.750,54
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.391.104,89	7.677.261,88	0,00	- 7.622.626,20	8.445.740,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.445.740,57	8.391.104,89
	200.565.063,00	9.222.636,92	6.184.197,83	-25.000,00	203.578.502,09	126.713.761,30	0,00	4.728.510,18	5.519.823,68	128.648.399,11	74.930.102,98	73.851.301,70
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.514.712.264,80	0,00	0,00	0,00	1.514.712.264,80	0,01	0,00	308.922.058,13	0,00	308.922.058,14	1.205.790.206,66	1.514.712.264,79
2. Beteiligungen	17.383,91	0,00	0,00	0,00	17.383,91	17.383,41	0,00	0,00	0,00	17.383,41	0,50	0,50
3. Sonstige Ausleihungen	9.557,45	0,00	0,00	0,00	9.557,45	5.724,00	0,00	0,00	209,00	5.515,00	4.042,45	3.833,45
	1.514.739.206,16	0,00	0,00	0,00	1.514.739.206,16	23.107,42	0,00	308.922.058,13	209,00	308.944.956,55	1.205.794.249,61	1.514.716.098,74
	1.718.456.176,89	9.222.636,92	6.333.326,71	0,00	1.721.345.487,10	129.605.585,72	0,00	313.726.088,35	5.655.228,22	440.402.397,16	1.280.943.089,94	1.588.850.591,17

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024/25

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die in Salzgitter ansässige ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter (ATD), ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der ALSTOM HOLDINGS S.A. Saint Ouen/Frankreich. . Oberste Muttergesellschaft ist die an der französischen Wertpapierbörse notierte ALSTOM S.A., Saint Ouen/Frankreich.

Die ALSTOM-Gruppe (Alstom) ist ein weltweit führender Komplettanbieter von Bahntechnik und deckt ein umfassendes Liefer- und Leistungsspektrum für Schienenfahrzeuge, Signaltechnik, Komponenten und Dienstleistungen ab.

2. Marktentwicklung

Das vergangene Geschäftsjahr ist geprägt durch Veröffentlichungen und Vergaben kleinerer und großer Ausschreibungen und Projekte im Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Die Segmente U-Bahnen und S-Bahnzüge bildeten dabei im vergangenen Geschäftsjahr die wichtigsten Geschäftsbereiche. Der Bereich Doppelstockzüge bildet auch weiterhin ein wichtiges Marktsegment mit der Vergabe eines Netzes und der Ankündigung von weiteren Ausschreibungen in den Folgejahren. Bei den klassischen einstöckigen Elektrotriebzügen gab es eine Vergabe. Weitere große Ausschreibungen, insbesondere im S-Bahn-Bereich und im Segment der Batteriezüge, werden fortgeführt. Zwei Ausschreibungen konnten erfolgreich im Geschäftsjahr 2024/25 gewonnen werden. Hierbei handelt es sich um die Vergabe der S-Bahn Rheinland für die beiden Aufgabenträger go.Rheinland und Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und die Vergabe der neuen U-Bahngeneration für Hamburg, den DT6. Im Segment der alternativen Antriebe wurden ein kleinerer und ein mittlerer Auftrag vergeben. Die Aufträge im vergangenen Geschäftsjahr wurden überwiegend durch die etablierten europäischen Hersteller gewonnen.

Die Fahrgastzahlen steigen weiter und übertreffen in den meisten Ländern der EU erstmalig das vor Corona-Pandemie Niveau. In Deutschland wurden 2023 8,9% mehr Fahrgäste befördert als noch im Jahr 2022. Im Jahr 2024 gab es eine erneute Steigerung der Fahrgastzahlen. Im Schienenpersonennahverkehr lag der Zuwachs bei insgesamt rund 6%. Die Deutsche Bahn AG hat allein im Jahr 2024 rund 2% mehr Fahrgäste befördert als im Vorjahr (DB Fernverkehr -4,9% und DB Regio +2,3%). Positiv auf den Schienenpersonenverkehr wirkte sich die Fortführung des im Mai 2023 eingeführten Deutschlandtickets aus. Laut Umfragen des VDV gibt es seit Einführung des Deutschlandtickets 62% mehr ÖPNV-Abonnenten als zuvor. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung bekennt sich zum Deutschlandticket..

Nach der Erhöhung der Regionalisierungsmittel im Haushaltsjahr 2022 der Bundesregierung, wurden die Mittel planmäßig erhöht, und Ende 2024 auch die geplanten 350 Mio. Euro freigegeben. Die Steigerung der Regionalisierungsmittel um 1,8% pro Jahr (die sog. Dynamisierung) ist bis zum Jahr 2031 festgeschrieben. Dennoch ist die zukünftige Entwicklung der Regionalisierungsmittel auch weiterhin vom politischen Willen abhängig.

Während des vergangenen Geschäftsjahres hat die Inflation mit 2,2% wieder annähernd das angestrebte 2%-Ziel der Europäischen Zentralbank erreicht. Es wurde auch ein Teil der in den Vorjahren verschobenen Ausschreibungen vergeben.

Im Geschäftsjahr 2025/26 zeigt sich der Markt der Verkehrsbesteller bislang robust. Es ist davon auszugehen, dass weiterhin einige verschobene Ausschreibungen vergeben werden sollen. Darunter fallen Ausschreibungen für einstöckige Elektrotriebzüge. Der Kostendruck im deutschen Bahnmarkt bleibt weiter auf einem hohen Niveau.

Der Trend der Dekarbonisierung des Schienenverkehrs hält an. Somit besteht am Markt auch weiterhin großes Interesse an alternativen Antriebstechnologien für Regionalzüge.

In diesem Geschäftsjahr gab es zwei Vergaben für batterieelektrische Regionaltriebzüge. Es handelt sich um das „Teilnetz Westmecklenburg II“ welches von der ODEG betrieben wird und um das „Mittelthüringer Akku-Netz“. Der generell positive Markttrend für Batterietriebzüge hält unserer Einschätzung nach für die kommenden Geschäftsjahre weiter an. Zu erwähnen sind hier das „Netz nördliches Westfalen“, eine Ausschreibung der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH für einen Fahrzeug-Pool, der sowohl elektrische als auch batteriebetriebene Fahrzeuge umfasst, als auch eine Ausschreibung der LNVG für Pool-Fahrzeuge. Alle Ausschreibungen beinhalten einen Instandhaltungsvertrag und Werkstätten. Somit erwartet ALSTOM die Vergabe mehrerer Neuaufträge.

Im Marktsegment der Dieseltriebzüge gab es dieses Jahr keine Ausschreibungen oder Vergaben für Neufahrzeuge. Aufgrund der voranschreitenden Dekarbonisierung des Verkehrssektors, erwarten wir weiterhin keine neuen Dieselausschreibungen in den kommenden Geschäftsjahren.

Im Bereich der elektrischen Regionaltriebzüge setzt sich der Trend zu höheren Kapazitäten fort. Nach erfolgreichen Auftragseingängen in den vergangenen Jahren für den Coradia Max (ehemals Coradia Stream HC (High Capacity)) wurden in diesem Jahr neue Ausschreibungen in diesem Segment angekündigt. Besonders hervorzuheben sind die Ausschreibungen für das RRX Teilnetz B durch den VRR und das Südwest-Expressnetz durch den SPNV Nord in Rheinland-Pfalz. Es wurde ein Neuauftrag im Bereich Doppelstockzüge vergeben. ALSTOM konnte in Bezug auf den Coradia Max einen Optionsabruf aus dem bestehenden Vertrag mit der LNVG zum Expresskreuz Bremen verbuchen.

Der Markt für einstöckige elektrische Regionaltriebzüge war durch wenige Ausschreibungen gekennzeichnet. Es gab eine Vergabe für das Netz ENORM (Elektronetz Nord Magdeburg). Die anderen Ausschreibungen werden voraussichtlich in naher Zukunft abgeschlossen.

Die U-Bahn-Ausschreibung der Hamburger Hochbahn für die DT6-Fahrzeuge inkl. eines U5-Betriebssystems wurde durch unsere Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024/25 gewonnen. Auf Basis der Ausschreibung können insgesamt bis zu 374 Fahrzeuge vom Kunden beschafft werden. Ein weiterer Bestandteil der Ausschreibung ist das auf CBTC (Communication Based Train Control) basierende Betriebsführungssystem für den vollautomatischen Betrieb auf der neuen Linie U5.

Als größten Auftrag konnte ALSTOM die Ausschreibung für die S-Bahn Rheinland für sich gewinnen. Es handelt sich um die Entwicklung und Lieferung von bis zu 90 S-Bahn Zügen für die Region rund um Köln. Teil des Vertrages ist auch die Instandhaltung, die ALSTOM über einen Zeitraum von 34 Jahren für die Flotte übernehmen wird.

Im Straßenbahnmarkt hat die Gesellschaft mit ihrem Produkt CITADIS an keinen Ausschreibungen teilgenommen.

Die Anzahl der Züge mit langfristigen Flotten-Instandhaltungsverträgen ist mittlerweile auf eine beachtliche Zahl angewachsen. Zu den existierenden Verträgen für die Lint und Coradia Continental Fahrzeuge kommen nun neben den 209 Zügen des Typs Coradia Max auch die bis zu 90 Züge für die S-Bahn Rheinland hinzu. ALSTOM kooperiert in diesem Projekt erneut mit der Deutschen Bahn und nutzt somit die vorhandene Infrastrukturen und Fachkräfte. Die Investition in den Bau neuer Depots wird so vermieden und Fachkräften wird eine langfristige Perspektive geboten.

In Zukunft wird erwartet, dass auch weiterhin Ausschreibungen veröffentlicht werden bei denen die Fahrzeughersteller die Instandhaltung vornehmen. Bei Ausschreibungen für Fahrzeuglieferung inkl. deren langfristiger Instandhaltung sind besonders die S-Bahn Berlin, das „Netz nördliches Westfalen“, der Fahrzeugpool für Baden-Württemberg und auch die Ausschreibung der LNVG über batteriebetriebene Elektrotriebwagen beziehungsweise deren Instandhaltung zu benennen. In all diesen Projekten erfolgt die Ausschreibung über die Beschaffung und Instandhaltung der Fahrzeuge durch die Aufgabenträger, die immer mehr in eigene Fahrzeugpools investieren und die Fahrzeuge an den späteren Betreiber vermieten. Die Auswahl des Betreibers erfolgt in einer separaten, meist nachgelagerten Ausschreibung. Die Instandhaltung durch den Hersteller sichert den Werterhalt sowie die hohe Verfügbarkeit über die Lebensdauer der Fahrzeuge für den Aufgabenträger unter Absicherung der Wettbewerbsintensität für Folgeverträge ab.

Der Standort Braunschweig hat sich zum zentralen Bestandteil der langfristigen Flotten-Wartungsverträge entwickelt. Von hier aus erfolgt die zentrale Steuerung aller Projekte und hier ist nun auch das zentrale Know-How in Form des sogenannten "Maintenance Performance Center" (MPC) angesiedelt. Hierfür wurden weitere Büroflächen für die Abteilungen des Maintenance Engineering, Arbeitsvorbereitung und Flottenmanagement geschaffen. Ebenso wird in Braunschweig ab Ende 2025 zusätzlich zu den laufenden Projekten ENNO- und-Lint Instandhaltung übergangsweise die Instandhaltung der LNVG Coradia Max Flotte durchgeführt. An dem Standort wurde für diesen Zweck in eine Erweiterung der Gleisinfrastruktur innerhalb und außerhalb der Halle investiert. Daneben konnte der Standort Braunschweig seine Marktposition im Bereich der Modernisierung, Hauptuntersuchungen und Unfallinstandsetzungen von Regionaltriebzügen weiter festigen. Durch die hohe Auslastung mit den Verträgen für Flotteninstandhaltung wird in der kommenden Periode ein Teil dieser Aufträge an andere Standorte verlagert. Insgesamt ist weiterhin ein Trend zur Modernisierung von Gebrauchtfahrzeugen anstelle von Neubeschaffungen festzustellen. Der Grund dafür liegt insbesondere in gestiegenen Kosten durch die allgemeine Inflation, steigenden Löhne und gestiegenen Energiekosten. In diesem Markt herrscht ein intensiver Wettbewerb mit privaten Eisenbahnwerkstätten, besonders bei technisch weniger komplexen Fahrzeugänderungen. Allerdings ist durch die höhere Anzahl von Modernisierungen im Markt eine höhere Auslastung der Werkstätten erkennbar, die künftig auch vereinzelt zu Engpässen führen könnte.

Ein zukünftiges Geschäftsfeld wird in der Umrüstung von bestehenden Dieselfloten mit umweltfreundlichen Antrieben, wie zum Beispiel Wasserstoff, gesehen. Hier ist auch die Politik gefragt, um die erforderlichen finanziellen Anreize zu geben. Das generelle Interesse im Markt nach alternativen Antriebsarten ist aufgrund der Anzahl der im Markt befindlichen Dieselfahrzeuge sehr groß. In Zusammenarbeit mit unserer Tochtergesellschaft ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal, (ALS) wird intensiv an verschiedenen Lösungen gearbeitet, die sowohl für die Umrüstung von Rangierlokomotiven als auch von Triebzügen erfolgsversprechend sind.

Das Geschäft mit Ersatzteilen entwickelte sich positiv. Der Umsatz konnte im vergangenen Geschäftsjahr gesteigert werden. Neben dem im deutschen Markt gestiegenen Anteil von ALSTOM eigenen Traktionsausrüstungen und eigener Signaltechnik ist dafür auch ein sich änderndes Einkaufsverhalten der Betreiber verantwortlich.

Im Bereich der Güterwageninstandhaltung besteht weiterhin ein sehr großer Preisdruck, der mit gestiegenen Kosten für Löhne und Energie kollidiert. Dennoch konnten wir uns am Markt behaupten und unseren Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr steigern. Weiteres Wachstumspotential sehen wir im Geschäft mit der Aufarbeitung von Radsätzen bis Instandhaltungsstufe IS3. Es ist in Zukunft geplant diesen Service auch für Personenzüge anzubieten. In den nächsten Jahren wird die Einführung der automatischen Kupplung „DAC“ (Digital Automatic Coupler) erwartet. Diese wird mit dem Bedarf der Umrüstung von

Güterwagen wie auch Lokomotiven einhergehen und wird dadurch zu einer positiven Geschäftsentwicklung beitragen. Diesbezüglich werden mit den Kunden mögliche Vorgehensweisen intensiv besprochen.

Im Segment Leit- und Sicherungstechnik wurden die ersten Verträge abgeschlossen. Mit dem Volumenvertrag für DSTW verpflichtet sich die Deutsche Bahn, eine festgelegte Menge an Leistungen und Produkten der Digitalen Leit- und Sicherungstechnik (DLST) bei ALSTOM abzurufen. Im Gegenzug verpflichtet sich die Bahnindustrie genau diese Leistungen und Produkte für die Digitalisierung der Leit- und Sicherungstechnik zu liefern. Damit bietet das neue Vertragsmodell eine verlässliche Planungsgrundlage für die Bahnindustrie. Konkret handelt es sich bei den Verträgen um 15.500 Stelleinheiten wie Signale und Weichenantriebe und standardisierte Plattformlösungen wie z. B. die Standardschnittstelle zwischen einem Stellwerk und einem Bahnübergang, die bis Ende 2028 abgerufen werden.

Des Weiteren ist der Vertrag mit der Hamburger Hochbahn zur Ausrüstung der neuen U-Bahn Linie 5 in Hamburg mit funkbasierter Zugsicherung CBTC (Communication-Based Train Control) zu nennen. Dabei wird das neueste Produkt Urbalis Fluence eingesetzt. Der Start des Fahrgastbetriebes auf der ersten Teilstrecke der neuen Linie U5 ist für 2029 geplant. Große Ausschreibungen im Bereich des Stadtverkehrs mit dem funkbasierten CBTC-Zugsicherungssystem, das der Ablösung von analoger und relaisbasierter Zugsicherungstechnik aus den 1970er Jahren dienen soll, werden hier in den kommenden Jahren auch in München und Nürnberg erwartet.

Der Standort der ATD in Berlin ist federführend bei der Projektausführung des Bereichs Leit- und Sicherungstechnik.

Weitere große Ausschreibungen im Bereich der fahrzeugseitigen Signaltechnik werden in den nächsten Jahren im Rahmen der Sanierung der Hochleistungskorridore erwartet. Hier plant das Bundesministerium für Verkehr (BMV) zusammen mit der DB InfraGo stark befahrene Korridore mit ETCS auszurüsten, die eine fahrzeugseitige Ausrüstung erforderlich machen. Das betrifft sowohl den Schienenpersonennah- als auch Schienengüterverkehr. Beim Schienengüterverkehr ergibt sich zudem ein Potential daraus, dass das BMV die Priorität bei der Ausrüstung der Infrastruktur auf europäische Korridore legt.

Die Ausrüstung soll durch den Bund gefördert werden. Die Novelle des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG) hat dafür eine erweiterte rechtliche Grundlage geschaffen. Der Bund kann sich an der Finanzierung von Vorserienfahrzeugen mit 90 Prozent und Serienausstattungen von Bestandsfahrzeugen mit bis zu 60 Prozent beteiligen. Die Einzelheiten dieser Finanzierung werden in einer Förderrichtlinie geregelt, die Ende 2024 dem Sektor vorgestellt wurde.

In Abstimmung mit den anderen Alstom-Einheiten und der Muttergesellschaft optimiert eine Schwestergesellschaft der ALSTOM Transport Deutschland GmbH hierfür die ETCS-Lösung mit der Integration von ETCS und PZB/LZB als eine gesamtheitliche Alstom-Lösung.

In Ausführung befinden sich weiterhin verschiedene Aufträge wie zum Beispiel die serienmäßige Umrüstung der Fahrzeuge für den Digitalen Knoten Stuttgart.

3. Forschung und Entwicklung

Alstom hat sich zum Ziel gesetzt der führende globale innovative Akteur für eine nachhaltige und intelligente Mobilität zu sein. Der strategische Plan "Alstom in Motion", der sich auf nachhaltiges Wachstum, grüne und digitale Innovation, betriebliche Effizienz und eine agile, integrative und verantwortungsvolle Unternehmenskultur konzentriert, beschreibt wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Die ALSTOM Transport Deutschland GmbH bekennt sich zu Wertschöpfung durch Innovation. Gemeinsam mit anderen Alstom-Gesellschaften haben wir den „Alstom in Motion“-Plan an die neuen Möglichkeiten angepasst und schreiben ihn weiter fort. Wir verfügen über ein etabliertes Innovationsnetzwerk und an jedem Standort ist ein Ansprechpartner für Innovationen benannt, um unsere Innovationsfähigkeit weiter zu erhöhen.

Mit dem European Green Deal hat die Europäischen Kommission ein Konzept vorgestellt, um bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Die Bundesregierung möchte im Verkehr den Endenergieverbrauch bis 2050 um 40 Prozent senken. Alstom hat die Verkehrswende sowie den Einsatz erneuerbarer Energien für die Mobilität antizipiert und die beiden Produkte Alstom Coradia iLINT und Alstom Coradia Continental BEMU entwickelt. Wir schätzen die Marktchancen für lokal-emissionsfreie Schienenfahrzeuge als sehr gut ein und erweitern unser Produktangebot um lokal-emissionsfreie Lokomotiven.

2020 hat Alstom mit Studien begonnen, um die technische Machbarkeit der Wasserstoffumrüstung abzusichern. Das Ergebnis der Studien war ein am Prüfstand lauffähiger auf Wasserstoff umgerüsteter Motor im Einzylinder-Betrieb. Auf dieser Grundlage soll im Verbundprojekt H₂-ICE-LOC gemeinsam mit Partnern eine Diesellanglokomotive auf Wasserstoff umgerüstet und getestet werden. Die Umrüstung fand im Geschäftsjahr 2024/25 statt. Wir testen die Lokomotive im Geschäftsjahr 2025/2026 zirka drei Monate lang und schließen dann das Projekt damit ab.

Die Smart Charging Solution ist ein integriertes System, das aus einem Zug mit Traktionsbatterien (BEMU) und der Ladeinfrastruktur (Unterwerk plus Oberleitung) besteht. Ein wichtiges Kundenanliegen ist es, diese Infrastruktur klein auszuführen, einfach zu installieren und flexibel im Betrieb zu halten. Das ergänzende Ziel ist es, Anpassungen auf

Zug-Ebene zu minimieren. Die Kombination der für den Zug geeigneten Oberspannung (in diesem Fall 15 kV) mit der Frequenz des öffentlichen Stromnetzes (50 Hz, keine Umwandlung) ist ein sehr effizienter Kompromiss und daher deutlich günstiger als klassische Systeme mit Frequenzumrichtern.

Hierzu wurde der BEMU vom Typ XCC-VMS entsprechend adaptiert und zusammen mit einer entsprechenden Ladestation in Betrieb genommen: Im ersten Schritt auf dem Werksgelände in Salzgitter, im zweiten Schritt am Bestimmungsort für die Nachladung (Annaberg-Buchholz Süd).

Seit mehr als 20 Jahren baut Alstom U-Bahnen für den fahrerlosen Betrieb. Um die Vorteile des automatisierten Betriebs (geringere Kosten und stabilerer Betrieb) im Regionalverkehr nutzen zu können, ergänzen wir die bekannte Technik für den Einsatz in offenen Systemen. Die Züge benötigen eine Hinderniserkennung und auf Strecken, die noch nicht ETCS ausgerüstet sind, eine Signalerkennung. Künftig soll unbegleitet und automatisch rangiert werden. Die Züge werden ohne Lokführer, aber begleitet fahren, wobei der Zugbegleiter im Normalfall die Reisenden betreut und im Störfall den Betrieb sicherstellt. Wir denken, dass ein interessanter Markt für den fahrerlosen Betrieb entstehen wird.

In dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geförderten Forschungsprojekt ARTE (Automatisiert fahrende Regionalzüge in Niedersachsen) untersucht ein durch die ATD geführtes Forschungskonsortium fahrerlose Regionalzüge. Im Projekt werden neue, für den fahrerlosen Betrieb notwendige Systeme entwickelt und für die Versuche in Niedersachsen konfiguriert. Dazu gehört die Signalerkennung, um die an der Strecke aufgestellten Signale erkennen und interpretieren zu können. Zudem muss der Zug Hindernisse erkennen können. Im Störfall kann der Zug ferngesteuert oder vom Zugbegleiter gesteuert werden. Die neuen Systeme werden wir in einem mit ETCS vorgerüsteten Zug einbauen, auf unserem Testgleis und auf ausgewählten Strecken testen. Die Erkenntnisse aus der Entwicklung und dem Betrieb helfen mit, die spätere Zulassung von fahrerlosen Zügen vorzubereiten und den Regionalverkehr weiter zu automatisieren. Das Forschungsprojekt endete im März 2025.

Alstom treibt die konzeptionelle Weiterentwicklung von Fahrzeugen mit alternativen Energiespeichern voran. Dazu leitete Alstom das vom BMWK geförderte Forschungsprojekt AnoWaAS (Angepasstes und optimiertes Wagenkastenkonzept für alternative Antriebssysteme bei Schienenfahrzeugen). Gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Forschung optimieren wir die Integration von Wasserstofftanks und Batterien in Regionalfahrzeugen. Ziel ist es, ein Fahrzeugkonzept zu erhalten, welches den verwendeten Bauraum der Energiespeicher als mittragende Struktur nutzt. So können Fahrzeuge mit alternativen Antrieben entstehen, die über eine bessere Gesamtleistung verfügen. Die Umsetzung des Konzeptes soll die Grundlage für die nächsten Fahrzeuggenerationen darstellen. Das Forschungsprojekt endete im September 2024.

Alstom ist weltweit führend bei der Entwicklung von Fahrwerken und bietet ein breites Produktportfolio. Um die Wünsche unseren Kunden zu erfüllen, erweitern wir unser Angebot und entwickeln ein innovatives Fahrwerk für Neigetechnikfahrzeuge. Neigetechnik erlaubt es den Fahrzeugen, sich beim Durchfahren von Kurven quer zur Fahrtrichtung zu neigen. Für die Fahrgäste verringert sich die empfundene Seitenbeschleunigung, da der Vektor der wirkenden Zentripetalkraft bzw. Zentrifugalkraft in Richtung Boden verlagert wird.

Unser Fahrwerkskonzept setzt auf bewährte, zuverlässige Lösungen. Es verbindet guten Fahrgastkomfort und gewährleistet eine hohe Funktionalität. Der Bauraum ist bereits für moderne Antriebstechnik optimiert.

Open Innovation ist ein Ansatz, bei dem Innovationsprozesse für externe Partner geöffnet werden, um gemeinsam neue Ideen zu generieren und Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln. Die Einbindung externer Akteure ermöglicht den Innovationsprozess agiler und kundenzentrierter zu gestalten. Durch die im „Alstom in Motion“-Plan vorgesehenen Erneuerungen streben wir den Aufbau externer Innovationspartnerschaften an. Dementsprechend bemüht sich ALSTOM Transport Deutschland GmbH darum ihre bereits gut etablierten externen Partnerschaften zu verstärken. Unter anderem arbeitet ATD am Standort Salzgitter mit der TU Braunschweig seit einigen Jahren zusammen. Neue Open Innovationsprojekte wurden in diesem Rahmen im Laufe des 3. Quartals des Geschäftsjahres 2024/25 initiiert.

Für die reinen F&E-Aktivitäten, d.h. ohne die Ingenieurleistungen bei der Erbringung unseres Produktportfolios, hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024/25 M€ 5,9 Kosten aufgewendet. Diese F&E-Aktivitäten werden nicht von einer speziellen F&E-Abteilung erbracht, so dass sich die Anzahl der beteiligten Mitarbeiter nicht bestimmen lässt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Statistische Bundesamt führt aus, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Kalenderbereinigt ging das BIP ebenfalls um 0,2 % zurück. Die Wirtschaftsleistung sank damit im zweiten Jahr in Folge. Das BIP lag im Jahr 2024 nur noch 0,3 % höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege: Die deutsche Exportwirtschaft sah sich auf wichtigen Absatzmärkten stärkerer internationaler Konkurrenz ausgesetzt, nicht zuletzt aus der Volksrepublik China. Die deutschen Exporte sanken, obwohl der Welthandel im Jahr 2024 insgesamt zunahm. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes geriet weiter unter Druck. Dazu trugen

die immer noch hohen Energiekosten bei. Darüber hinaus hielten sich die privaten Haushalte trotz steigender Einkommen mit Käufen zurück, auch aus Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Ein erhöhtes Zinsniveau und unsichere wirtschaftliche Aussichten hemmten auch die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Die Bauinvestitionen wurden zusätzlich durch weiterhin hohe Baupreise belastet. In diesem Umfeld schrumpfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 weiter.

Im Jahresdurchschnitt 2024 waren 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde der Vorjahreswert nochmals um 72 000 Erwerbstätige (+0,2 %) übertroffen und ein neuer Beschäftigungshöchststand erreicht. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit verlor aber deutlich an Dynamik und kam gegen Ende des Jahres 2024 zum Erliegen. Der Beschäftigungsaufbau fand im Jahr 2024 ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt, vor allem im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe sank dagegen.¹

Die Bahnindustrie in Deutschland erreichte im Kalenderjahr 2024 mit 15,0 Milliarden Euro Umsatz einen neuen Umsatzrekord. Der Auftragseingang der Bahnindustrie in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken, bewegt sich aber mit 18,3 Milliarden Euro weiterhin auf sehr hohem Niveau.²

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Steuerung des Geschäfts wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren, die einen Bezug zum handelsrechtlichen Jahresabschluss aufweisen, sind unter Kapitel II.3 und II.4 dargestellt. Es handelt sich hierbei um den Auftragseingang, die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und den Net Cash Flow.

Bei den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren beziehen wir die Unfallhäufigkeitsrate in die Unternehmenssteuerung mit ein. Hierzu verweisen wir auf die Darstellungen im Kapitel Umwelt-, Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit (EHS) im Lagebericht (siehe unten). Weitere nicht-finanzielle Leistungsindikatoren werden nicht wesentlich zur Unternehmenssteuerung herangezogen.

¹ Statistisches Bundesamt (2025)

² Verband der Bahnindustrie in Deutschland e.V. (2025)

3. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024/25 konnte ein Auftragseingang in Höhe von M€ 5.330,4 (Vorjahr M€ 2.018,2) verzeichnet werden. Darin enthalten sind im Wesentlichen Auftragseingänge für die Plattform Adessia Stream in Höhe von M€ 1.852,3 und für einen langjährigen Wartungsvertrag für diese Plattform in Höhe von M€ 1.948,8.

Bei einem Umsatz von M€ 431,2 (Vorjahr M€ 499,7) und dem oben genannten Auftragseingangsvolumen erhöhte sich daher der Auftragsbestand zum 31. März 2025 auf M€ 14.255,0 (Vorjahresstichtag M€ 9.355,8). Der Exportanteil am Gesamtumsatz beträgt 15,0% (Vorjahr 15,2%), beim Auftragsbestand 18,2% (Vorjahr 21,9%).

Der für unsere Gesellschaft sehr gute Auftragseingang liegt über den prognostizierten Auftragseingang von ca. 4,6 Milliarden Euro. Für die Gründe verweisen wir auf Kapitel I.2 Marktentwicklung.

4. Lage

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis von M€ -300,6 (Vorjahr M€ -272,1) erzielt. Davon sind M€ 309 Mio. (Vorjahr M€ 0,0) auf Abschreibungen im Finanzanlagevermögen zurückzuführen. Das EBIT für das Geschäftsjahr, d.h. das Ergebnis vor Erträgen aus Beteiligungen, vor Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, vor Zinsen und ähnlichen Erträgen, vor Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, vor Erträgen und Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen, vor Steuern vom Einkommen und Ertrag und vor sonstigen Steuern und vor Abschreibungen auf Finanzanlagen beträgt M€ -41,4 (Vorjahr M€ -103,4)..

Für die Gesellschaft waren wir von einem negativen Jahresergebnis von ca. M€ -130 für das Geschäftsjahr 2024/25 ausgegangen (Prognose ohne Effekte aus den Gewinnabführungsverträgen). Die Abweichung zum erzielten Ergebnis von € 233,8 Mio. ist vor allem durch die ungeplante Abschreibungen im Finanzanlagevermögen verursacht. Zudem gab es bei der Abwicklung der laufenden Großprojekte teilweise ungeplante Kostensteigerungen aus allen Bereichen der Lieferkette, die die jeweilige operative Marge belastet haben. Darüber hinaus kam es zu Verschiebungen von Abnahmetermen und damit einhergehende fehlende Umsatzrealisierungen. Zusätzlich ergab sich eine größer als geplante Gemeinkostenunterdeckung.

Die Effekte aus den Ergebnisabführungsverträgen mit der ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin, mit der ALSTOM Signal GmbH, Braunschweig, der ALSTOM Drives GmbH,

Berlin, und der ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal, hatten wir in der Prognose noch nicht antizipiert (im Ist insgesamt M€ 63,2).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse von M€ 431,2 (Vorjahr M€ 499,7) erzielt. Die Umsatzerlöse liegen damit um ca. 14 % unter den von uns prognostizierten Umsatzerlösen. Verursacht wurde das vor allem durch Verschiebungen von Abnahmeterminen, die an die Kunden kommuniziert wurden und partiell zu Vertragsstrafen geführt haben.

Die Umsatzrendite, d.h. das Verhältnis des EBIT zu den Umsatzerlösen, beträgt -9,6 % (Vorjahr -20,7 %).

Unter Berücksichtigung des Bestandsaufbau bei den unfertigen Erzeugnissen erzielte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Gesamtleistung von M€ 782,8 (Vorjahr M€ 664,8). Der Materialaufwand beträgt im Verhältnis zur Gesamtleistung 69,2 % (Vorjahr 71,3 %). Der hohe Anteil ist zum einem darauf zurückzuführen, dass überwiegend vollständige Systemkomponenten zum Einbau in die Fahrzeuge erworben werden. Zum anderen werden umfangreiche Dienstleistungen im Bereich der Montage und des Engineerings bezogen. Der Anteil kann von Geschäftsjahr zu Geschäftsjahr entsprechend der, der Fertigungstiefe und dem Anteil konzerninterner Dienstleistungen schwanken. Die Tendenz für die Zukunft wird sein, dass die eigene Wertschöpfung weiter abnehmen wird und somit der Materialaufwand zur Gesamtleistung steigen wird.

Der Personalaufwand beträgt M€ 186,9 (Vorjahr M€ 183,2). Die Steigerung des Personalaufwandes ist im Wesentlichen durch die jährlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen verursacht, aber auch durch den leichten Anstieg des Personals bei gleichzeitigem Rückgang der Aufwendungen für Altersversorgung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Geschäftsjahr M€ 163,1 (Vorjahr M€ 143,3). Der wesentlichste Kostenbestandteil sind die Konzernabgaben in Höhe von M€ 47,1 (Vorjahr M€ 42,8). Bezüglich der weiteren Kostenbestandteile der sonstigen betrieblichen Aufwendungen verweisen wir auf den Anhang.

Das Jahresergebnis wurde mit einem Zinsergebnis von M€ -13,3 (Vorjahr M€ -89,7) belastet. Darin enthalten sind Aufwendungen, im Vorjahr Erträge, in Bezug auf die Pensionsrückstellungen vor allem in Folge des Zinsänderungsergebnisses in Höhe von M€ -1,9 (Vorjahr M€ +4,9) und das Zinsergebnis mit verbundenen Unternehmen M€ -9,3 (Vorjahr M€ -93,8). Das negative Zinsergebnis mit verbundenen Unternehmen ist durch die unterjährige Gewährung eines Konzerndarlehens zu marktüblichen Konditionen verursacht, im Volumen jedoch deutlich unter Vorjahr.

Darüber hinaus wurde das Jahresergebnis durch eine Gewinnabführung (Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen) in Höhe von M€ 81,7 (Vorjahr M€ 2,9) positiv beeinflusst.

Die Verlustübernahmen (Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen) betragen in Summe M€ - 18,5 (Vorjahr M€ -82,3) und haben das Jahresergebnis negativ beeinflusst.

Finanzlage

Im Rahmen der Forderungen gegen verbundene Unternehmen werden zum 31. März 2025 liquide Mittel in Höhe von M€ 311,6 (Vorjahr M€ 119,1) ausgewiesen, die entsprechend dem abgeschlossenen Cash-Pool-Vertrag in der aktuellen Fassung vom Januar 2021 unmittelbar bei dem Treasury-Center der ALSTOM-Holding in Paris angelegt sind.

Unsere Tochtergesellschaft ALSTOM Transportation Germany GmbH hat im Geschäftsjahr 2023/24 eine Zahlung aus dem Eigenkapital in Höhe von M€ 1.708,1 an unsere Gesellschaft geleistet, die wir als Kapitalrückzahlung dargestellt haben (Nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten der Beteiligung).

Darüber hinaus hat unsere direkte Muttergesellschaft ALSTOM HOLDINGS S.A. im Geschäftsjahr 2023/24 eine Zuzahlung in unsere Kapitalrücklage in Höhe von M€ 650,0 geleistet.

Basierend darauf waren wir im Geschäftsjahr in der Lage, das Darlehen der ALSTOM HOLDING S.A. aus den durchgeführten vorjährigen Erwerbungen der Beteiligungen im Vorjahr vollständig zurückzuführen.

Darüber hinaus bestanden zum 31. März 2025 Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von M€ 0,0 (Vorjahr M€ 0,2). Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten sind, wie im Vorjahr, nicht vorhanden.

Der Net Cash-Flow 1 unserer Gesellschaft, d.h. der Unterschiedsbetrag bei den quasi liquiden Mitteln zuzüglich der Guthaben und abzüglich der Verbindlichkeiten bei den Kreditinstituten zwischen dem 31.03.2025 und dem 31.03.2024, beläuft sich auf M€ +192,3 (Vorjahr M€ +2.231,6) und hat die getroffenen Erwartungen positiv übertroffen.

Aufgrund der Verzögerungen in den laufenden Projektabwicklungen haben wir geringere Zahlungen an externe Lieferanten geleistet, wodurch auch die geringeren Zahlungseingänge der Kunden überkompensiert wurden.

Die Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

Vermögenslage

	31.03.2025 M€	31.03.2024 M€
Anlagevermögen	1.280,9	1.588,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	791,1	185,5
Eigenkapital	199,1	499,6
Langfristige Verbindlichkeiten	121,5	128,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.751,5	1.145,9

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht nach § 268 Absatz 5 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht, erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen offen von den Vorräten abzusetzen.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist zum 31. März 2025 zu 25,0 % durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel gedeckt (Vorjahr 39,6%). Die Veränderung ist im Wesentlichen durch die Abschreibungen von Beteiligungsbuchwerten im Geschäftsjahr verursacht.

Das gebundene Kapital, das sich aus der Differenz des kurzfristigen Vermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten ergibt, bleibt unverändert zum Vorjahr durch den parallelen Anstieg beider Positionen (Ifd. Jahr M€ -960,4, (Vorjahr M€ - 960,4).

Sachinvestitionen

Die Investitionen in Sachanlagen zuzüglich der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau beliefen sich für das Geschäftsjahr 2024/25 auf M€ 9,2 (Vorjahr M€ 9,3), die vollständig aus vorhandenen finanziellen Mitteln finanziert wurden.

Die wesentlichen Zugänge sind in den Anlagen in Bau. Sie beinhalten vor allem Investitionen in die Infrastruktur in Salzgitter, den Kauf eines Grundstückes sowie den Erwerb einer Fräsmaschine und von Hebebockanlagen.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2024/25 wurde eine Gesamtleistung in Höhe von M€ 782,8 (Vorjahr M€ 664,8) mit 2,4 Mio. direkten Stunden (Vorjahr 2,3 Mio.) erbracht.

Am 31. März 2025 wurden insgesamt 2.333 Mitarbeiter/-innen einschließlich 106 Auszubildenden und Praktikanten beschäftigt (am 31. März 2024 insgesamt 2.302).

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Der operative Geschäftsverlauf für das Geschäftsjahr 2024/25 entspricht hinsichtlich der Ertragslage nicht unserer Erwartung. Bei der Finanzlage wurden dagegen unsere Erwartungen übertroffen. Die Vermögenslage der Gesellschaft wurde durch die nicht geplanten Abschreibungen von Beteiligungsbuchwerten im Finanzanlagevermögen maßgeblich negativ beeinflusst.

III. Prognosebericht

Die Bundesregierung stellt im Jahreswirtschaftsbericht fest, dass die deutsche Wirtschaft sich nur langsam aus der längeren Phase wirtschaftlicher Stagnation löst. Ursächlich für die anhaltende Wachstumsschwäche war die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Häufung exogener Schocks, die mit sich bereits seit geraumer Zeit abzeichnenden strukturellen Problemen der deutschen Wirtschaft zusammentrafen. Die direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Konflikt in der Ukraine und die damit einhergehende Einstellung von Gaslieferungen aus Russland, die zu temporär massiven Energiepreissteigerungen führten, konnten dank umfangreicher Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte abgefedert und so Gewinn- und Kaufkraftverluste abgemildert werden.

Die spürbare Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, insbesondere auch der Energiepreise, die zwischenzeitlich aufgrund der hohen Inflation stark restriktive Geldpolitik sowie die Verunsicherung infolge der geopolitischen Entwicklungen wirken jedoch nach.

Insbesondere die deutsche Industrie sieht sich großen strukturellen Herausforderungen und einer schwachen Entwicklung der Exporte gegenüber, was auch die gewerblichen Investitionen dämpft.

Zudem sind die zur Bewältigung der Corona- und der Energiepreiskrise gewährten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für private Haushalte und Unternehmen ausgelaufen, sodass die Finanzpolitik seit 2023 moderat restriktiv ausgerichtet war.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer schwierigen Ausgangslage. Die stark in die internationale Arbeitsteilung eingebundene Industrie hat mit einer ungünstigeren Wettbewerbssituation und steigenden Produktionskosten zu kämpfen gehabt, was auch die Export- und Investitionsentwicklung belastete.

Gleichzeitig hat die Wachstumsschwäche jenseits der konjunkturellen Entwicklung vor allem strukturelle Ursachen. So leidet die deutsche Wirtschaft unter einer alternden Bevölkerung, was Fachkräftengpässe verstärkt, einer Investitionsschwäche (u.a. aufgrund einer unterentwickelten Wachstums- und Innovationsfinanzierung) und einer zunehmenden geopolitischen Fragmentierung. Hierdurch werden die Produktivität und Innovationskraft der Unternehmen und damit letztlich die gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gebremst. Die dargestellten strukturellen Probleme dürften damit die wirtschaftliche Entwicklung anhaltend belasten.

Für das Gesamtjahr 2025 wird daher insgesamt nur ein verhaltener Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 Prozent erwartet, nach einem Rückgang um 0,2 Prozent im Vorjahr. Damit läge das BIP im Jahr 2025 nur um rund 0,5 Prozent über dem Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019.

Auch die US-Zollpolitik beeinflusst die deutsche Wirtschaft. Die handelspolitische Unsicherheit dürfte infolge der Grundsatzeinigung im Zollkonflikt zwischen der EU und den USA perspektivisch zwar etwas nachlassen, eine spürbare wirtschaftliche Erholung ist auch angesichts der weiterhin verhaltenen Konsumstimmung jedoch noch nicht absehbar.³

Basierend auf unserer Budgetplanung geben wir folgende Prognosen mit weiteren Anmerkungen ab:

Die Gesellschaft ist ein Auftragsfertiger, d.h. Aufträge müssen im Rahmen von Ausschreibungen in einem umkämpften Markt mit diversen Wettbewerbern gewonnen werden, bevor wir mit der Entwicklung, Fertigung und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen oder anderen Produkten im Mobilitätsbereich beginnen können. Insbesondere beim Auftragseingang und beim Net Cash Flow - durch korrespondierende Kundenanzahlungen bei Vertragsunterschrift - sind die Prognosen mit einer deutlichen Unsicherheit behaftet.

Mögliche Synergieeffekte aus dem Erwerb von ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin, durch Alstom haben derzeit noch keine signifikante positive Auswirkung auf unser Geschäft und damit auf unsere Prognose. In die Prognose haben wir auch noch keine geplanten Verschmelzungen mit anderen Alstom-Gesellschaften in Deutschland einbezogen.

³ Bundesregierung (2025)

Auch für das Geschäftsjahr 2025/26 rechnen wir mit einem guten Auftragseingang. Der Auftragseingang wird nach unseren Erwartungen aber um 80 % niedriger ausfallen, als der sehr hohe Auftragseingang im Geschäftsjahr 2024/25.

Die Umsatzerlöse werden sich um ca. 30 % im Verhältnis zu diesem Geschäftsjahr verringern. Die Gesamtleistung wird sich allerdings im Verhältnis zu diesem Geschäftsjahr nahezu verdoppeln.

Wir gehen davon aus, dass sich das Jahresergebnis der Gesellschaft vor Ergebnisabführungsverträgen im mittleren negativen zweistelligen Millionenbereich bewegen wird.

Der Cash Flow aus operativer Tätigkeit und der Net Cash Flow vor Ergebnisabführungsverträgen werden mit einem sehr niedrigen dreistelligen Millionenbetrag positiv ausfallen.

In die Betrachtung sind keine Chancen und Risiken eingeflossen, die sich aus der Bewertung der Beteiligungen, aus den Ergebnisabführungsverträgen und aus möglichen Dividendenausschüttungen der deutschen Tochtergesellschaften ergeben können.

IV. Chancen- und Risikobericht

Das weiter wachsende nationale und internationale Verkehrsaufkommen und der daraus resultierende steigende Bedarf der Verkehrsgesellschaften an Schienenfahrzeugen und Serviceleistungen bieten der Gesellschaft zahlreiche Chancen, bergen aber auch die Gefahr von Risiken.

1. Risikobericht

Um den möglichen Risiken entgegen zu wirken, ist die Gesellschaft in das konzernweite Risikomanagementsystem eingebunden, welches mit geeigneten Instrumenten nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft minimiert.

Der wesentliche Teil des operativen Geschäftes ist die Entwicklung, Fertigung und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen mit mehrjährigen Vertragslaufzeiten. Diese mehrjährigen Laufzeiten können zusätzliche Risiken verursachen, die durch erhöhte Unsicherheiten aufgrund der mit zunehmendem Prognosehorizont im Rahmen von Projektplanungen abnehmenden Planungspräzision verursacht sind. Diese Risiken können sich z.B. in den Bereichen der Forschung und Entwicklung, Beschaffung und Fertigung auswirken und zu ungeplanten Mehrkosten, Änderungen von Preisniveaus im Zeitablauf, Terminschwierigkeiten, Auslastungsschwankungen sowie der Notwendigkeit einer

Finanzierung des gebundenen Kapitals führen. Darüber hinaus können Risiken im Zusammenhang mit der Zulassung von Fahrzeugtypen sowie der Auslieferung an Kunden zu vergleichbaren Auswirkungen führen.

Vorstehend genannte Risiken können im Laufe eines Projektes zu nicht unerheblichen Abweichungen tatsächlicher Kosten gegenüber geplanten Kosten führen. Daher gilt die besondere Aufmerksamkeit der Unternehmensleitung der Auftragsverfolgung durch alle mit der Projektabwicklung betrauten Bereiche und der Bewertung von Auftragsrisiken von der Angebotsphase bis zum Auftragsende. Wesentliche Instrumente sind eine zeitnah mitlaufende Kalkulation und eine permanente Risikobeurteilung. Hierbei erkennbare Belastungen des aktuellen wie des zukünftigen Ergebnisses werden ergebniswirksam berücksichtigt.

Die Gesellschaft ist im Rahmen von zwei Projekten von Projektpartnern mit Ansprüchen von bis zu ca. € 75 Mio. konfrontiert worden. Die Geschäftsführung sieht diese Ansprüche auf Basis von rechtlichen Stellungnahmen als unbegründet an, kann aber eine zukünftige Belastung der Alstom Gruppe in der Zukunft nicht ausschließen. Gleiches gilt für zwei weitere Verträge, in denen der jeweilige Kunde den Rücktritt auch nach Auslieferung der Fahrzeuge angedroht hat. Die Geschäftsführung geht jedoch davon aus, die noch bestehenden Herausforderungen gemeinsam mit den Kunden im Rahmen der Instandhaltungsmaßnahmen zu dessen Zufriedenheit lösen zu können.

Die sich ggf. bei mehrjährigen Lieferverträgen ergebenden Preisänderungsrisiken auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt werden z.T. durch vertraglich fixierte Preisleitformeln mit Lieferanten und Kunden minimiert.

Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungen werden mittels Devisentermingeschäften auf Konzernebene kompensiert. Auf Grund der internationalen Geschäftsbeziehungen und der damit einhergehenden Fakturierung in Fremdwährung können Wechselkursschwankungen entstehen. Gemäß den Konzernrichtlinien werden diese Fremdwährungsgeschäfte mittels Devisentermingeschäften konzernintern kursgesichert. Für weitere Ausführungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Mittelfristige Auslastungsrisiken können sich durch die Vergabeentscheidungen wichtiger Kunden ergeben. Zudem besteht die Gefahr, dass die Mittel in den maßgeblichen öffentlichen Haushalten Einfluss auf das Volumen der zukünftig zu veröffentlichenden Vergaben haben. Die Mitigation solcher Risiken erfolgt durch die Kapazitätsplanung, die es erlaubt Engpässe zu erkennen und adäquate Maßnahmen einzuleiten.

Die Gesellschaft hält sämtliche oder wesentliche Anteile an mehreren Alstom-Gesellschaften in Deutschland (siehe Anhang). Die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen wird regelmäßig überprüft. Der Wert der Beteiligung an der ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin,

von € 1.092 Mio. hängt dabei im Wesentlichen von der erwarteten Margensteigerung in dieser Gesellschaft ab. Sollte diese nicht entsprechend der Annahme der Geschäftsführung steigen, besteht das Risiko, dass der aktuell ausgewiesene Beteiligungswert in einem signifikanten Umfang weiter abgewertet werden muss.

2. Chancenbericht

Bezüglich der sich aus der Marktentwicklung und unserer Forschung und Entwicklung ergebenden Möglichkeiten, verweisen wir auf das Kapitel I.1. und I.2.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft haben wir im Geschäftsjahr 2023/24 beschlossen, die Personalkosten im indirekten Bereich zu optimieren. Dafür hatten wir M€ 3,5 zurückgestellt. Die Rückstellung beträgt zum 31.03.2025 noch M€ 2,8.

Auf der anderen Seite werden wir aber auch weiterhin Mitarbeiter einstellen, insbesondere in unserem Signaltechnikbereich und entsprechend den Umbau der Gesellschaft weiter verfolgen.

3. Gesamtaussage

Basierend auf dem dargestellten Risikomanagementsystem sind trotz der erwirtschafteten und auch für das Folgejahr geplanten Verluste keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden könnten.

Aufgrund des bestehenden Cash-Pool Vertrages hat die Gesellschaft Anspruch auf ausreichende Liquidität. Der Vertrag wurde nicht gekündigt. Seit Anfang April 2022 nimmt unsere Gesellschaft neben ihrer operativen Tätigkeit, auch die Tätigkeit als Holdinggesellschaft in Deutschland für Alstom wahr (siehe oben und siehe Anhang). Aufgrund dieser Sonderrolle, aber auch durch den verbliebenen hohen Cash-Bestand im Cash-Pool gehen wir davon aus, dass im Interesse des Alstom Konzerns eine Kündigung nicht sinnvoll ist und daher nicht absehbar ist. Wir vertreten weiterhin die Ansicht, dass auch in den folgenden Geschäftsjahren ausreichend Liquidität zur Verfügung stehen wird.

Zur Sicherstellung einer nachhaltig zufriedenstellenden Ertragskraft sowie einer angemessenen Eigenkapitalsituation ist die Gesellschaft darauf angewiesen, dass die seit mehreren Jahren andauernde Ertragsschwäche nachhaltig überwunden wird. Darüber hinaus können auch die bestehenden Ergebnisabführungsverträge eine signifikante Auswirkung auf die Ertragslage und Eigenkapitalsituation unserer Gesellschaft haben. Im Bedarfsfall würden wir weiterhin die Rekapitalisierung durch die Gesellschafterin anstreben.

V. Umwelt-, Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit (EHS)

EHS hat auch in diesem Jahr hohe Priorität an unserem Standort. Das Konzernziel lautet nach wie vor: „Keine schweren Unfälle und Stabilisierung der geringen Unfallhäufigkeitsrate der letzten Jahre“.

Im Geschäftsjahr 2024/25 wurden keine Unfälle mit bleibenden gesundheitlichen Einschränkungen von Mitarbeitenden verzeichnet. Die vereinbarten Ziele IFR₁ (Unfallrate mit Ausfalltagen) und TRIR (Unfallrate ohne Ausfalltage mit temporär angepasstem Arbeitsplatz) konnten erreicht werden.

Im genannten Berichtszeitraum ereigneten sich ein Unfall (IFR₁) von eigenen Mitarbeitenden und ein Unfall (TRIR) von Mitarbeitenden von Fremdfirmen.

Das AZDP Auditergebnis für den Bereich RSC Standort Salzgitter konnte im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023/2024 auf 93% gesteigert werden. Eine Herausforderung im genannten Berichtszeitraum lag darin, die AZDP-Anforderungen im Service Standort Braunschweig zu etablieren. Erfolgreich zu bemerken ist, dass der Standort im Berichtszeitraum erneut mit einem hervorragendem Auditergebnis von 86% abgeschlossen hat.

Maßnahmen für sämtliche noch offenen kritischen AZDP Anforderungen sind vereinbart und in Bearbeitung.

Um Vorgesetzte und Mitarbeitende für die tägliche Gefahren- und die Risikoerkennung am Arbeitsplatz weiter zu befähigen, haben wir diverse Programme ausgerollt:

- Kampagne „Sicherheit ist Führungsaufgabe“
- SOV (Safety Observation Visit) Training mit Focus auf verhaltensbasierten TOP-DOWN Prinzip
- 12 Lebensrettende Regeln (Erweiterung des AZDPs)
- STOP THINK ACT - Verstärkung des positiven Sicherheitsverhaltens aller Mitarbeiter
- DDRM Training Day to Day Risk Management (tägliches Risikomanagement)
- PSIRE Training (Persönliche Sicherheit im Gleisbereich)
- Contractor Day (Workshop Führungsverantwortung Arbeitssicherheit für Fremdfirmen)

Durch die neue Struktur und die gezielte Kombination gemischter Teams aus allen Verantwortungsebenen mit unterschiedlichen Kompetenzen konnten regelmäßige System- und Prozessaudits, Performance-Kontrollen sowie Sicherheitsbegehungen erfolgreich etabliert werden. Die Beteiligung des obersten Managements sowie aller relevanten Führungskräfte an der konzernweiten Initiative „Safety Observation Visit“ (SOV) ist stabil und nachhaltig verankert.

Im Dezember 2021 startete als Pilotprojekt im Bereich Waggonreparatur die Gefährdungsbeurteilung Psyche. Die Gefährdungsbeurteilung dient dem Erkennen von

Gefährdungen am Arbeitsplatz, welche die Gesundheit und das Wohlbefinden von Beschäftigten beeinträchtigen. Handlungsfelder sind priorisiert, Präventionsmaßnahmen abgeleitet und in der Umsetzung. Eine Wirksamkeitskontrolle durch monatliche Begehungen und Review des Actionplan erfolgte im Geschäftsjahr 2024/25 und wird kontinuierlich weitergeführt.

Geschäftsführung und Betriebsrat haben beschlossen, die Gefährdungsermittlung Psyche in weiteren Bereichen durchzuführen. Eine Informationsveranstaltung für die Mitarbeitenden aus Teilen der Bereiche Einkauf und Materialwirtschaft wurden im Oktober 2024 durchgeführt. Die Gefährdungsermittlung wurde über strukturierte, nach Hierarchieebene getrennte Gruppeninterviews durchzuführen. Die Erhebung wurde extern von einer Betriebspsychologin des AMD TÜV Rheinland durchgeführt. Weitere Informationsveranstaltungen aller involvierten Mitarbeitenden und eine Erarbeitung von Maßnahmen, die den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern, werden im kommenden Geschäftsjahr folgen.

Zur kontinuierlichen Senkung des Energieverbrauches und der Reduktion der Treibhausgasemissionen durch die Produktion und den Gebäudebetrieb sind aktuell mehr als 10 Einzelmaßnahmen im Rahmen des CO₂-Reduktionsplans in der Planungs- und Umsetzungsphase.

Die Gesamtersparnis, die durch umgesetzte Energie- und CO₂-Einsparmaßnahmen seit 2006 erfolgt ist, beträgt somit derzeit 321.573.691 kWh, 95.130 t CO₂ und EUR 14.628.158 (Stand März 2024).

Bereits im vorherigen Geschäftsjahr 2023/24 haben wir Grün-Strom-Zertifikate für 100% des eigenen Verbrauches erworben.

Im November 2024 wurde die Gesellschaft nach DIN ISO 14001, 45001 und EMAS zertifiziert. Mit diesen Audits konnten wir den Nachweis erbringen, dass wir die Forderungen der geprüften Standards für Umweltschutz (ISO 14001) und Arbeitssicherheit/ Gesundheitsschutz (ISO 45001) erfüllt haben. Mit dem Auditergebnis wurde uns bestätigt, dass wir die Managementsysteme sicher eingeführt haben.

Die geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf Arbeitssicherheit und Umweltschutz wurden eingehalten und der Status der Konformität wird auf monatlicher Basis an die Geschäftsführung berichtet. Ein regelmäßiger Kontakt zu Behörden und Aufsichtspersonen wird gepflegt.

VI. Erklärung zur Unternehmensführung

Die nach § 36 i.V.m. § 52 Abs. 2 Satz 2 GmbHG erforderliche Festlegung der Zielgrößen für den Anteil von Frauen in Führungspositionen und im Aufsichtsrat ist bislang wie folgt umgesetzt worden:

Bereits 2015 hat der Aufsichtsrat Vorgaben für Zielgrößen und Fristen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern getätigt und die Umsetzung kontrolliert.

Mit Beschluss vom 19. Mai 2021 hat sich der Aufsichtsrat erneut verpflichtet, bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 2024/2025 die Zielgröße von 30 % als Frauenanteil bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates aufrecht zu erhalten. Die Festlegung soll nach dem Prinzip der sog. Getrennterfüllung bezogen auf die Arbeitnehmer- und Anteilseignervertreter erfolgen. Die Zielvorgabe wurde im Zuge personeller Änderungen bzw. bei der Neubestellung von Mitgliedern des Kontrollgremiums im November 2021 erfüllt. Zum 31. März 2025 sind 3 Frauen und 9 Männer im Aufsichtsrat.

Weiterhin hat der Aufsichtsrat am 19. Mai 2021 beschlossen, dass die Geschäftsführung mittelfristig auch weibliche Mitglieder haben soll. Im Falle einer Neubestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung ist bei gleicher Eignung dem nicht in der Geschäftsführung vertretenen Geschlecht der Vorrang zu geben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (31. März 2025) sind drei Männer in der Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung möchte sich auch weiterhin bei der Festlegung der Zielgröße für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung an den Vorgaben der Alstom-Gruppe orientieren. Danach beträgt die Mindestzielquote von Frauen in Führungs- und Fachpositionen mindestens 28 %.⁴ Die Geschäftsführung beabsichtigt, dieses Ziel bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 2026/2027 zu erreichen.

Die erste Führungsebene umfasst die verschiedenen und gemäß Geschäftsverteilungsplan an die einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung berichtenden Bereiche. Die zweite Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung umfasst diejenigen Personen, die an den engeren Führungskreis berichten und diesem unterstellt sind. Die Frauenquote beträgt aktuell 10 %.

Es sind weitere erhebliche Anstrengungen notwendig, um die Zielgrößen zu erreichen. Die Geschäftsführung sieht folgende Einflussfaktoren, die sich nachteilig auf die Zielerreichung auswirken:

⁴ Siehe Zielgrößen der Alstom-Gruppe zu »Diversity and Inclusion«, weitere Informationen und Unterlagen <https://www.alstom.com/company/commitments/diversity-and-inclusion> Dort auch mit weiteren Nachweisen zum gegenwärtigen Anteil von Frauen in Führungs- und Fachpositionen von 23,1 % (Stand 03/2021) und »Diversity policy«.

- **Bewerberrückgang:** Die Rekrutierung von weiblichen Fachkräften für Stellen mit vorrangigem Anforderungsprofil im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich gestaltet sich schwierig. Der allgemeine Rückgang der Absolventenzahlen an Fach- und Hochschulen trägt hierzu bei.
- **Externer Wettbewerb:** Der Alstom-Konzern konkurriert in der Region Niedersachsen, aber auch Berlin mit einer sehr starken Automobil-, Zulieferer- und IT-Industrie.
- **Interner Wettbewerb:** Durch die fortgesetzten Maßnahmen zur Integration der ehemaligen Bombardier-Gesellschaften kommt es zum vereinzelten Wechsel von weiblichen Führungskräften in andere Konzerngesellschaften. Es ist nicht auszuschließen, dass Neueinstellungen dorthin erfolgen. In beiden Fällen können die Personen nicht zur Erreichung der Zielgröße berücksichtigt werden.

Der Aufsichtsrat wird die Einhaltung der Vorgaben und diesbezüglichen Maßnahmen auch künftig kontrollieren und sich zusammen mit der Geschäftsführung für eine Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern einsetzen.

Salzgitter, den 30. Oktober 2025

Marco Michel

Peter Offtermatt

Hauke Werner

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.